



Grundsicherungs- und Grundeinkommens-Modelle im Überblick

Bündnis 90/ Die Grünen: Diskussionsentwurf einer Grünen Grundsicherung

Die Grundsicherungsdiskussion hat bei den Grünen Tradition. Bereits in den 80er Jahren wurde dieses Thema ausgiebig diskutiert. Nach der Hartz-Reform lebte die Debatte neu auf. Die Links führen zu einem Modell, das im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Finanzen von Bündnis 90/Die Grünen entwickelt und zur Diskussion gestellt wurde. Erwerbstätige erhalten 500 Euro Grundsicherung, Kinder 400 und RentnerInnen 500 bzw. 700 Euro. Finanziert wird die Grundsicherung (incl. der Steuerfinanzierung der Sozialversicherungen) über die Einkommensteuer.

Lang: <http://www.grundsicherung.org/grusi.pdf>

Kurz: http://www.grundsicherung.org/grusi_kurz.pdf

CDU: Der Vorschlag von Dieter Althaus

Der Ministerpräsident von Thüringen fordert die Einführung eines „Solidarischen Bürgergelds“ nach dem Prinzip der Negativen Einkommensteuer. Alle BürgerInnen in unteren Einkommensgruppen erhalten ein Grundeinkommen von 800 Euro. Alle zusätzlich erwirtschafteten Einkommen werden - vom ersten Euro - mit 50% besteuert. Die Einkommensgruppen, über einem Bruttoeinkommen von 1600 Euro, erhalten 400 Euro pro Monat und werden mit einer Flat-Tax von 25 % besteuert. Von dem Grundeinkommen wird eine Kopfpauschale von 200 Euro pro Person zur Finanzierung der Krankenversicherung abgezogen. Althaus hat in seinem Modell die Kopfpauschale, die Flat-Tax und das Grundeinkommen vereinigt.

Modell: http://www.d-althaus.de/fileadmin/PDF/Thesen-Solidarischen-B_rgergeld.pdf

FAQ:

http://www.d-althaus.de/fileadmin/PDF/FAQ_Buergergeld.pdf

FDP: Das Bürgergeld-Modell

Die FDP hat bereits vor dem letzten Bundestagswahlkampf ein bedarfsgeprüftes Grundsicherungsmodell beschlossen. Es baut auf dem Konzept der Negativen Einkommensteuer auf. Die Liberalen haben bereits Anfang der 90er Jahre ein ähnliches Modell diskutiert, das von Prof. Mitschke, einem Frankfurter Ökonomen, entwickelt wurde. Im Vergleich zum früheren Modell hat die FDP jedoch deutliche Abstriche gemacht. So wird das Bürgergeld an Bedarfsgemeinschaften, nicht an Individuen gezahlt und zusätzliche Erwerbseinkommen werden mit einem Steuersatz von deutlich über 50% belegt.

Modell:

<http://andreas-pinkwart.org.liberales.de/sitefiles/downloads/433/AbschlB-Buergergeld.pdf>

Argumentation:

<http://andreas-pinkwart.org.liberales.de/sitefiles/downloads/433/BPT-05-Argumentation.pdf>

PDS: Für ein Bedingungsloses Grundeinkommen

Innerhalb der Linkspartei wird heftig über das Grundeinkommen gestritten. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen hat für die Partei einen Vorschlag entwickelt, der ein bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe der EU-Armutsgrenze (ca. 950 Euro/60% des mediangemittelten Nettoäquivalenzeinkommens) vorsieht. Das Grundeinkommen wird aus vielen verschiedenen Steuern und dem Wegfall grundsicherungsähnlicher Leistungen finanziert.

http://www.bag-grundeinkommen.de/BGE-Konzept_0604.pdf

Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen: Das BAG-SHI-Modell

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen fordert ein - im Vergleich zu anderen Modellen - vergleichsweise hohes bedingungsloses Grundeinkommen (800 Euro + Wohngeld). Insgesamt wären Gesamtkosten von 969,3 Mrd. Euro durch Steuereinnahmen zu decken, die Kosten der Staatstätigkeit sind dabei nicht berücksichtigt.

<http://www.archiv-grundeinkommen.de/otto/otto.pdf>

Bund der Katholischen Jugend:

Der Bund der katholischen Jugend (BDKJ) fordert ein bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe des soziokulturellen Existenzminimums, das allen BürgerInnen, in Höhe von mindestens 600 Euro ausbezahlt wird. Alle BürgerInnen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren haben aber die Pflicht mindestens 500 Stunden (pro Jahr) gesellschaftlich notwendige Arbeit zu leisten.

http://www.bdkj.de/meinung/position/2003_solidaritaet.pdf

Thomas Straubhaar

Das Grundeinkommen ist in den Augen von Prof. Thomas Straubhaar (HWWA) eine radikale Alternative für den Sozialstaat. Alle sozialstaatlichen Leistungen (incl. der Sozialversicherungen) sollen abgeschafft und als bedingungsloses Grundeinkommen ausgezahlt werden. Der Staat müsste sich auf die Kernaufgaben, wie Justiz und die Pflege der Infrastruktur konzentrieren. Zahlreiche heute staatlich organisierte Leistungen würden dann privat und kostenpflichtig angeboten werden.

http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Update/2006/HWWI_Update_05_06.pdf

Götz Werner

Der DM-Drogeriechef Götz Werner fordert die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens in Höhe von ca. 1.200 Euro. Er erhofft sich dadurch einen grundlegenden Mentalitätswandel und eine Revolution in der Einstellung der Menschen zur Arbeit. Das bedingungslose Grundeinkommen von Götz Werner soll ausschließlich über Konsumsteuern finanziert werden. Alle anderen Steuern sollen abgeschafft werden.

<http://www.newwork-newculture.net/downloads/fr-werner.pdf>